V-86 Keine neuen fossilen Projekte: Weder vor Borkum, noch woanders!

Antragsteller*in:	Ocean Renner (KV Nordfriesland)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Jeden Tag sehen wir, wie sich die Klimakrise verschärft und sich massiv auf unsere Sicherheit und unsere Gesellschaft auswirkt. Hochwasserkatastrophen, wie zuletzt vor einigen Tagen in Teilen Mitteleuropas, überschwemmte Straßen und Häuser, zerstörte landwirtschaftliche Flächen, Hitzerekorde. Eine Krise, auf die es gerade von uns GRÜNEN eine entschiedene politische Antwort braucht.

Es sollte selbstverständlich sein, dass es angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise keine neuen fossilen Projekte geben darf. Dennoch wird ausgerechnet jetzt vor der niedersächsischen Nordseeinsel Borkum eine neue Gasförderung geplant und darüber hinaus ein Teil der Installationsarbeiten auf See bereits umgesetzt. Für uns GRÜNE ist klar: Die geplante Gasförderung vor der Insel Borkum steht den internationalen Klimazielen und den Zielen europäischer Richtlinien zur Verbesserung der Umweltzustände in europäischen Gewässern diametral entgegen. Der Start neuer Gasbohrungen in der Nordsee wäre verantwortungslos und ein massiver Rückschritt in der Klima- und Umweltpolitik. Deshalb lehnen wir GRÜNE jegliche neue Öl- und Gasbohrungen entschieden ab.

Unweit der geplanten Gasförderung vor Borkum liegen das Natura 2000-Gebiet „Borkum Riffgrund“ und der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, ein weltweit einzigartiges Naturerbe. Im direkten Umfeld befinden sich ökologisch wertvolle Riffstrukturen. Es ist zu befürchten, dass das sensible Ökosystem durch die geplante Gasförderung massiv geschädigt wird. Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen wir zudem fest an der Seite der Menschen auf Borkum und in der gesamten Region, die sich bereits seit mehreren Jahren gegen die fossilen Pläne wehren. Für die Region bedeutet die geplante Gasförderung zudem die Sorge vor wirtschaftlichen Konsequenzen, insbesondere im Tourismus.

Wir fordern unsere grünen Vetreter*innen in der Bundesregierung, im Bundestag und auf Landesebene dazu auf, sich für einen schnellstmöglichen Stopp der geplanten Gasförderung vor Borkum (inklusive der Installationsarbeiten) und weiterer fossiler Projekte einzusetzen. Im Zusammenhang mit der geplanten Gasförderung vor der Nordseeinsel Borkum darf das für die Förderung notwendige Abkommen mit den Niederlanden nicht unterzeichnet werden. Hierzu appellieren wir an unsere Vertreter*innen im BMWK und Außwärtigen Amt, die Zustimmung zu dem Abkommen nicht zu erteilen. Unsere Vertreter*innen im Bundestag fordern wir auf, der geplanten Gasförderung vor Borkum ebenfalls nicht zuzustimmen.

Begründung

erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Santiago Rodriguez Salgado (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Cim Kartal (KV Bielefeld); Kübra Beydas (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Thorge Babbe (KV Chemnitz); Philip Alexander Hiersemenzel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach); Fabian Müller (KV Münster); Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Carla Ober (KV Erlangen-Stadt); Jens Weinandt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Rolf (KV Erlangen-Stadt); Miriam Block (KV Hamburg-Harburg); Zedidja-Samira Begrar (KV Erlangen-Stadt); Michael Bloss (KV Stuttgart); sowie 68 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.